gebiete von den Streikenden einmütig in der Erkenntnis abgelehnt, daß nur durch die weitere Fortführung und Verbreiterung des Kampfes die Bauunternehmer zum Rückzug gezwungen werden können.

Erfolgreicher Bauarbeiterstreik

Die Belegschaften der Firmen Otto Hermann, Kaffberge, und Paul Arndt, Neuruhsdorf bei Berlin, haben durch einstündigen Streik eine Herabsetzung der bisherigen Löhne von 72 Pfennig auf 54 Pfennig verhindert.

Die Erfolge zeigen, daß die Unternehmerwillkür sich die Zähne ausbeißt, wenn sie auf den geschlossenen Abwehr- und Kampfwillen der Arbeiter stößt. Die kämpfende rote Einheitsfront wird nicht nur jeden Lohnabbau verhindern, sondern darüber hinaus auch den Gegenangriff der Arbeiter auf die bestehenden Hungerlöhne zum Siege führen.

Ein weiterer Kampferfolg

Bei der Firma Müller Holzhandlung, in Wiederitzsch bei Leipzig, führte die dort beschäftigte Malerfirma Endlich den Lohnraub durch. Der gemeinsame Kampf aller dort beschäftigten Arbeiter mit Unterstützung der zentralen Streikleitung führte zu einem vollen Erfolg.

Die Firma Müller übernahm die Arbeiten in eigener Regie und verpflichtete sich durch einen Revers, den Arbeitern den vollen ungekürzten Lohn auszuzahlen.

Millionen Steuergroschen an die bankrotten Banken

Regierung Schieck saniert die Adca, hat aber für Arbeitsbeschaffung kein Geld

Am 11. Mai 1932 **tagten zum zweiten Male der Rechtsausschuß und der Haushaltsausschuß B des Landtages, um**

über die Sanierung der Adca und einen neu einzugehenden Freundschaftsvertrag zu beschließen.

Krampfhaft bemühten sich der Berichterstatter von der Wirtschaftspartei, der Abgeordnete Dr. Wilhelm, und der Finanzminister Hedrich, um die Ausschußmitglieder davon zu überzeugen,

daß der sächsische Staat dem bankrotten Bankkonzern weitere Millionen an Subventionen und für Garantien zur Verfügung stellen müsse.

Die kommunistische Fraktion stellte zu dieser Frage einen Antrag, der verlangt,

der Notverordnung der sächsischen Regierung vom Juli 1931 betreffend die Sanierung der Adca die Genehmigung zu verweigern und die zur Sanierung und Kapitaleinbringung für die Adca und die Sächsische Staatsbank vorgesehene Summe von 10½ Millionen für Arbeitsbeschaffung zu verausgaben.

Ueberrascht durch diesen Antrag, verlangten die Vertreter der SPD Vertagung, um auch ihrerseits Gelegenheit zu bekommen, **noch einen Antrag zu stellen, der wohl die Mittel für die Adca ablehnt, aber auf der anderen Seite der Regierung die Ermächtigung in die Hand gibt,** der Sächsischen Staatsbank Millionen zu überweisen, damit sie, wie es vom kommunistischen Redner, dem Abgeordneten Herrmann, richtig gekennzeichnet wurde, die faulen Geschäfte finanzieren kann, die die Privatbanken ablehnen, weil ihnen daraus zu geringe Profite erstehen.

Außer diesem genannten Antrag von der SPD lag noch ein anderer Antrag von ihr vor, der wiederum, wie schon so oft, der Schieckregierung Hilfestellung gab. Dieser zweite Antrag enthielt keineswegs eine grundsätzliche Ablehnung der Forderungen der Regierung, sondern lediglich das

Verlangen nach Aufsichtsratsposten.

Die SPD-Führer sind gern bereit, für einige Aufsichtsratsposten ein bankrottes Bankunternehmen zu sanieren.

Wegen der verschiedenen Methoden bei der Durchführung der Regierungspläne, wobei sich die SPD vor den Arbeitern Rückendeckung für die Unterstützung des Finanzkapitals verschaffen will, konnten die geplanten Manipulationen, die bereits in der vor kurzem stattgefundenen Aufsichtsratssitzung der Adca beschlossen wurden, nicht so reibungslos wie gedacht zur Ausführung kommen.

unter allen Umständen zu unterstützen, da sonst das Reich seinerseits die Zustimmung zur Sanierung der Adca rückgängig machen könne. Unabsehbare Folgen würden sich daraus ergeben. Die sächsischen Finanzen und die sächsische Wirtschaft würden auf das schwerste geschädigt.

Mittel für Arbeit, wie sie von den Kommunisten verlangt werden, könne die Regierung leider unter keinen Umständen flüssig machen.

Der kommunistische Abgeordnete, Gen. Herrmann, trat der Regierung sowie einigen bürgerlichen Vertretern, die sich für den Plan der Regierung auf das wärmste einsetzten, ganz energisch entgegen. Herrmann setzte sich entschieden für den Antrag ein, die vorgesehenen Mittel für Arbeitsbeschaffung zu verwenden. Die Entwicklung habe gezeigt,

daß alle bisher für Sanierungszwecke aufgewandten Gelder des Staates verloren gegangen seien, daß früher oder später, trotz Staatshilfe, die verfaulten bankrotten Unternehmen jedesmal zusammengebrochen wären und die Arbeiter und Angestellten brotlos geworden seien.

Allein durch die Sanierung der Adca im Juli 1931 wurden **220 Angestellte abgebaut,** die insgesamt nicht mehr Gehalt bezogen, wie heute 5 Vorstandsmitglieder beziehen. Jetzt sei es schon soweit gekommen, daß der Staat mit Staatsvermögen für **Bankrotteure haften müsse,** trotzdem selbst der Finanzminister durch sein heutiges Auftreten zeige, daß er

nur als Konkursverwalter des sächsischen Staates dastehe.

Da die Bemühungen einiger Regierungsvertreter, die fortgesetzt während der Sitzung von einer Fraktion zur anderen liefen, um sich die Zustimmung zu den Regierungsplänen zu sichern, fehlschlugen, machte der staatsparteiliche Abgeordnete Dr. Kastner einen neuen Rettungsversuch, indem er wiederum Vertagung beantragte, die auch mit Mehrheit beschlossen wurde. Die Zeit, die man damit erneut gewonnen hat, wird man dazu benutzen, um in politischen Kuhhandel hinten herum eine Mehrheit zustande zu bekommen.

Letzten Endes werden alle Parteien, einschließlich der SPD, wie bisher Millionen neuer Steuergroschen der Armen in den unersättlichen Rachen des Finanz- und Bankkapitals geworfen, während heutzuhen Millionen Arbeitslose nach Brot und Arbeit schrien. Das Schweigen der Nazis in der ganzen Sitzung kennzeichnet diese Partei.

Um diesem Treiben aller Volksfeinde ein Ende zu machen, muß die Arbeiterschaft gemeinsam mit den Erwerbslosen den schärfsten Kampf führen für die Durchführung der Arbeitsbeschaffungspläne der Kommunistischen Partei.

Im Zeichen des Kampfes gegen imperialistischen Krieg

Grenztreffen der revolutionären Jugend

Deutsche Jungkommunisten, Rote Pfadfinder und tschechische Jungarbeiter in gemeinsamer Front für die Verteidigung der Sowjetunion. Polizei verhaftet Jugendgenossen

In Pfingsten fand eine glänzende Kundgebung der internationalen Kampfverbundenheit deutscher und tschechischer Jungarbeiter in Böhmen statt. Deutsche und tschechische Jungarbeiter, rote Sportler, Jungkommunisten und rote Pfadfinder versammelten **sich zu Hunderten in Thassa, um ihrem Kampfwillen** gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der **Sowjetunion Ausdruck zu verleihen. Rund 400 Jungarbeiter** demonstrierten bereits am Sonnabend durch Thassa, um anschließend im Volkshaus eine Kundgebung durchzuführen.

Begeistert wurden die Ausführungen der tschechischen und deutschen Jungkommunisten aufgenommen. Als ein deutscher Jugendgenosse das Wort zur Begrüßung ergriff und dabei auf **die drohende Intervention der Imperialisten gegen die Sowjetunion hinwies, wurde die Kundgebung durch die anwesende tschechische Polizei aufgelöst.** Der Jugendgenosse konnte sich noch rechtzeitig der Verhaftung entziehen. Der Saal wurde von der Polizei, die das blanke Bajonett aufgepflanzt hatte, mit Gewalt geräumt. Ganz willkürlich wurden Verhaftungen vorgenommen **und Geldstrafen verhängt.** Nur der Disziplin unserer Jugendgenossen ist es zu danken, daß es nicht zu größeren Zusammenstößen kam.

Am Sonntag früh wurde zur Demonstration nach **Bodenbach** gestellt und unterwegs der Vertrieb einer Sondernummer der **„Jungen Garde"** organisiert. Durch Wälder und Dörfer ging es unter Kampfgesang nach der Stadt Bodenbach. Hier erwarteten uns die tschechischen Partei- und Sportgenossen. Eine systematische **Agitation und Werbung** wurde durchgeführt. Nach einem Marsch durch die Stadt wurde auf dem Marktplatz eine Kundgebung abgehalten. Tschechische und deutsche Genossen sprachen zu den Jungarbeitern. Noch einmal wurde die **internationale Bedeutung** dieses Grenztreffens hervorgehoben und die versammelten Jungproleten gelobten, alle ihre Kräfte für den Schutz der Sowjet**union, für eine freie sozialistische Weltunion einzusetzen.** Wieder nahm die tschechische Polizei **Verhaftungen** unter den versammelten Jungarbeitern vor.

Den Rest der herrlichen Tage verbrachten die Jugendgenossen in bester internationaler Verbundenheit in Thassa.

Metallarbeiter-Fraktionssitzung

Donnerstag, den 19. Mai, im Brandenburger Hof, 19,30 Uhr

Tagesordnung: Stellungnahme zum Lohnraub und zur Verbandstagung des DMV. Ref. Martin Schneider. Parteigenossen, sowie die Arbeiter der Massenorganisationen, die im DMV organisiert sind, müssen, unbedingt zu dieser Sitzung erscheinen.

Brüningregierung arbeitet an neuer Notverordnung

Unterstützungsabbau, erhöhte Steuern!

Die neue Notverordnung, die den Fehlbetrag von 1.3 Milliarden decken soll. Ein Plan des Reichsbankpräsidenten Luther zur völligen Versklavung der deutschen Arbeiterklasse. Mobilisiert die Massen für die kommunistischen Forderungen!

Berlin, den 17. Mai 1932.

Die Reichsregierung setzt heute ihre Beratungen fort, bei denen es sich darum handelt, den Reichshaushaltplan fertigzustellen und in Verbindung damit die Pläne zur „Arbeitsbeschaffung" und die dazugehörigen Finanzierungsvorlagen zu behandeln. Das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" und seine Finanzierung werden durch eine neue Notverordnung durchgeführt werden, die außerdem Maßnahmen enthalten wird, um den Fehlbetrag im Reichshaushalt in Höhe von 1,3 Milliarden Mark zu decken. So wird aber auch diese Notverordnung wieder neuen Unterstützungs- und Lohnabbau und neue Massensteuern für alle Werktätigen bringen.

Gleichzeitig damit wird der famose Plan des Reichsbankpräsidenten Luther bekannt, der in seiner praktischen Durchführung einen Lohnabbau von 80 Prozent, verbunden mit Zwangsarbeit vorsieht.

Beide Pläne sind Erzeugnisse der durch die verschärfte Krise aufgeschreckten deutschen Bourgeoisie.

Nach den Berichten bürgerlicher Blätter sind für die neue Notverordnung folgende Maßnahmen in Vorbereitung:

Die Unterstützungssätze für alle Erwerbslosen sollen um 20 Prozent gekürzt werden. Durch eine verschärfte Bedürftigkeitsprüfung hofft man, mehrere hunderttausend Erwerbslose ganz streichen zu können.

Die bisherige Bürgersteuer soll verdoppelt werden. Dadurch würde in Berlin z. B. die Bürgersteuer bei Alleinstehenden 36 Mark und bei Ehepaaren 54 Mark betragen.

Alle Beamten sollen zur Krisensteuer herangezogen werden.

Die bisherige Befreiung der Steinkohlenbergarbeiter von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung soll beseitigt werden.

Die Invalidenrenten sollen um 7 Mark, die Witwenrenten um 5 Mark, die Waisenrenten um 1 Mark abgebaut werden.

Zur selben Zeit, wo diese Notverordnungen mit dem Artikel 48 verkündet werden sollen, hat die Reichsregierung die Vermögenssteuer für die Reichen um 20 Prozent herabgesetzt.

In einem amtlichen „Dementi" zu diesen Mitteilungen heißt es, „daß das Kabinett bislang eine endgültige (!) Entscheidung nicht getroffen hat." Jeder Arbeiter kann sich daraus seinen Vers selbst machen.

In den Verhandlungen zwischen Reichsbank und Reichsregierung zur Bekämpfung der Finanzkatastrophe hat der Reichsbankpräsident Luther einen geradezu ungeheuerlichen Plan über die „geldlose Wirtschaft" entwickelt. Dieser Plan sieht folgendes vor:

Die Unternehmer „legen den größten Teil der Betriebe still." Die bisher beschäftigten Arbeiter erhalten bis 15 Mark Unterstützung und werden als Arbeitslose in den Betrieben weiter beschäftigt. Die Unterstützung wird nicht in bar bezahlt, sondern in Waren, die von den Arbeitslosen in den Konsumartikelbetrieben hergestellt werden. In der Praxis bedeutet das einen neuen Lohnabbau von mindestens 80 Prozent.

Ferner sollen Erwerbslose, „bei gemeinsamer Verpflegung und Unterbringung", d. h. in Arbeitskasernen mit Galaöfen nonen (allerdings ohne Galaöfen) zum Siedlungsbau gezwungen werden. Wer sich weigert, in diese Sklavenkaserne einzutreten, bekommt keinen Pfennig Unterstützung. Wie Galeerensträflinge sollen die deutschen Arbeiter zusammengepfercht werden.

Diese ungeheuerlichen faschistischen Anschläge dürfen nicht in die Tat umgesetzt werden. Sammelt darum die Arbeitermasse und die Werktätigen zum Kampf für die Forderungen der Arbeiterklasse, die in den Anträgen unserer Fraktionen im Reichstag und Preußischen Landtag niedergelegt sind! Fordert und organisiert Versammlungen in jedem Betrieb, in jeder Stempelstelle, in jeder Gewerkschaft und proletarischen Massenorganisation! Trefft dort alle Vorbereitungen zum Kampf und Streik in roter Einheitsfront!

5 Todesopfer auf westdeutscher Zeche

Mit dem Förderkorb in die Tiefe gestürzt. Die Mördergrube Dorstfeld

Dortmund, 16. Mai. (Eig. Meld.) –

Heute früh gegen 6.20 Uhr ereignete sich auf der Zeche Dorstfeld der GBAG ein schweres Förderkorbunglück. Bei der Einfahrt in die Grube riß das Förderseil und beide Körbe sausten in die Tiefe. Fünf Insassen der Körbe gelten als tot. Es handelt sich um den Grubenschlosser Friedrich Weller, die Elektriker Wilhelm Meitzel, Fritz Pottbell, Paul Bochermann und um den Pumpenwärter Walter Grunwald.

Wäre das Unglück 10 Minuten früher bei einer Seilfahrt der Belegschaft erfolgt, so hätte es mindestens 100 Todesopfer gegeben.

Dieses fürchterliche Unglück ist eine Folge der ungenügenden Sicherungsmaßnahmen durch die Unternehmer, die in den Schachten die Ausbeutungsmethoden wahnwitzig gesteigert, und die Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen zu einer reinen Formsache herabgedrückt haben.

Auf Zeche Dorstfeld ereignete sich bereits im Jahre 1925 eine fürchterliche Grubenkatastrophe. Am 16. Mai kam es auf Schacht 5 zur Explosion eines Sprengstoffmagazins infolge der verbrecherischen Fahrlässigkeit der Zechendirektion. Der Tod hielt eine grausige Ernte, 45 verkohlte Tote, 25 Schwerverletzte wurden damals aus dem Unglücksschacht geborgen. Trotz der kommunistischen Forderung wurden die Verantwortlichen von 1925 niemals vor ein Gericht gestellt.

Hungerstreik der Auerbacher Festungsgefangenen

Die Auerbacher Festungsgefangenen sind ab Sonnabendmittag in den Hungerstreik getreten. Den Festungsgefangenen wurde teilweise der Besuch von Angehörigen untersagt, sowie der verlängerte Ausgang an den zwei Pfingstfeiertagen nicht genehmigt. Die einzelnen Festungsgefangenen wurden zur Beschwerde zum Direktor nicht vorgelassen.

Die Kampfforderungen der Festungsgefangenen lauten: Volle Gewährung des Beschwerderechtes, tägliche Besuchserlaubnis, bessere Ausgestaltung der Gefängniszellen, wie das die Strafvollzugsbedingungen entspricht, Schaffung von Sportplätzen, und Ermöglichung sportlicher Betätigung bessere ärztliche Behandlung.

Der Hungerstreik ist ein Alarmsignal für die Massen: Heraus mit den 8000 proletarisch-politischen Gefangenen.

Straßenkämpfe in Bombay

Bombay, 17. Mai. (Eig. Drahtb.)

In Bombay kam es am Sonnabend und Sonntag zu schweren und blutigen Straßenkämpfen zwischen Hindus und Mohammedanern. Nach den bisherigen Feststellungen wurden etwa 45 Menschen getötet und über 500 mehr oder weniger schwer verletzt. Der Verkehr ist vollkommen stillgelegt. Fast alle Telefon- Telegrafenverbindungen wurden zerschnitten. Die kämpfenden Parteien riegelten ganze Häuserblocks ab, stürmten Metzgereien, plünderten Warenhäuser aus und vernichteten die Waren auf der Straße.

Berliner Steinarbeiter im Streik

Wir meldeten bereits am Sonnabend, daß die Berliner Steinarbeiter den Streik beschlossen haben. Inzwischen ist der Beschluß in die Tat umgesetzt worden. Einmütig haben die Berliner Steinarbeiter auf allen Baustellen den Streik aufgenommen.

Wetervorausage

Zeitweise auffrischende Winde aus westlichen Richtungen. Vorübergehend etwas Bewölkungszunahme und Abkühlung, anfangs Gewitterneigung.